

Beck-Ratgeber

Richtig vorsorgen

Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung

von
Nina Lenz-Brendel, Julia Roglmeier

1. Auflage

Richtig vorsorgen – Lenz-Brendel / Roglmeier

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Adoptions-, Betreuungsrecht, Pflegschaft und Vormundschaft über Minderjährige



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 63183 2

beck-shop.de

Lenz-Brendel · Roglmeier | Richtig vorsorgen

beck-shop.de

beck-shop.de

Richtig vorsorgen

Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht,
Betreuungsverfügung

von

Nina Lenz-Brendel

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht, Mannheim

und

Julia Roglmeier

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Erbrecht, München

Verlag C.H. Beck München 2012



beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 63183 2

© 2012 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen (Adresse wie Verlag)
Druck: Druckhaus Nomos, In den Lissen 12, 766547 Sinzheim
Umschlagkonzeption: Atelier Seidel Verlagsgrafik, 84576 Teising

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

„Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“, lautet ein bekanntes Sprichwort. Eine zutreffende Aussage auch für den Bereich der Vorsorgeplanung, denn jeder Mensch hat die Möglichkeit, in guten Zeiten für Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Tod optimale, auf seine Bedürfnisse abgestimmte Vorsorgeregelungen zu treffen. Dennoch haben gemäß einer EMNID-Umfrage nur 44 Prozent der 50 bis 59-Jährigen und nur 42,2 Prozent der über 60-Jährigen ausreichende Vorsorge getroffen.

Der Eintritt der eigenen Entscheidungsunfähigkeit und eine damit einhergehende Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit der Angehörigen im Krankheitsfall, im Alter und am Lebensende kommen nicht selten vor. Jeder Mensch kann aus den unterschiedlichsten Gründen in eine Situation geraten, in der er seine Angelegenheiten nicht mehr alleine regeln kann.

Was passiert in diesen Fällen? Wer kümmert sich um die persönlichen und finanziellen Angelegenheiten der betroffenen Person? Wer verwaltet das Vermögen zu Lebzeiten und was geschieht im Todesfall?

Wer gesund ist, verdrängt Gedanken an eine spätere eigene Handlungsfähigkeit oder seinen Tod. Häufig unterbleibt deshalb eine Vorsorgeregelung mit der Folge, dass im Ernstfall ein vom Betreuungsgericht zu bestellender Betreuer entscheiden muss und das Vermögen durch Streitigkeiten der Erben aufgezehrt wird.

Dabei kann vieles zu Lebzeiten geregelt werden. Im Rahmen der Vorsorgeplanung stehen für die Zeit vor dem Erbfall und danach verschiedene Gestaltungsinstrumente zur Verfügung, nämlich die Vorsorgevollmacht, die Betreuungsverfügung, die Patientenverfügung, die Bestattungsverfügung, Testament und Erbvertrag sowie zahlreiche weitere Vorsorgeregelungen, wie beispielsweise Sorgerechts- und Bestattungsverfügungen.

Während mit einer Vorsorgevollmacht, einer Betreuungsverfügung und der Patientenverfügung die Vorsorge für den Fall der eigenen Handlungsunfähigkeit getroffen wird, soll mit der Bestattungsver-

fügung, dem Testament und dem Erbvertrag die Zeit nach Eintritt des Erbfalles geregelt werden.

Mit diesen Gestaltungsinstrumenten können die persönlichen Angelegenheiten zu Lebzeiten bereits auf den richtigen Weg gebracht werden. Für die Angehörigen hat die umfassende Vorsorgeplanung den gravierenden Vorteil, dass sie sich um die Wünsche desjenigen, der seine Angelegenheiten geregelt hat, keine Gedanken machen müssen. Unsicherheiten und auch Streitigkeiten können auf diese Weise weitestgehend vermieden werden.

Mit der Errichtung einer Vorsorgevollmacht kann die Einrichtung einer amtlichen Betreuung vermieden werden. Mit einer Vorsorgevollmacht ernennt der Verfasser für den Fall seiner Geschäfts- bzw. Handlungsunfähigkeit eine andere Person zu seinem gesetzlichen Vertreter. Mit der Vorsorgevollmacht regelt ihr Verfasser, in welchen Lebensbereichen der Bevollmächtigte für ihn tätig werden darf. Mit der Betreuungsverfügung kann ihr Verfasser Vorgaben für den Ablauf eines amtlichen Betreuungsverfahrens machen und seine Vertrauenspersonen als Betreuer vorschlagen. Die Patientenverfügung enthält verbindliche Anweisungen des Verfassers für die medizinische Versorgung im Falle seiner Entscheidungsunfähigkeit. Mit der Bestattungsverfügung kann die Form der Bestattung vorgegeben werden. Mit Testament und Erbvertrag wird die Rechtsnachfolge in das Vermögen des Erblassers bestimmt.

Der vorliegende Ratgeber gibt Informationen über sämtliche Vorsorgeregelungen und soll eine Art Leitfaden sein für jeden, der sich mit seiner eigenen Vorsorgeplanung beschäftigen will. Die Verfasserinnen sind für jede Anregung aus dem Leserkreis dankbar.

Mannheim und München im Februar 2012

Nina Lenz-Brendel

Julia Roglmeier

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
1. Kapitel. Vorsorgevollmacht	1
I. Allgemeines	1
II. Außenverhältnis	5
1. Formelle Errichtungsvoraussetzungen	5
a) Geschäftsfähigkeit	5
b) Formerfordernisse	6
2. Materielle Errichtungsvoraussetzungen	8
a) Inhalt – bedingte oder unbedingte Erteilung	8
b) Inhalte einer Vorsorgevollmacht	11
aa) Die Gesundheitsfürsorge	12
bb) Die Vermögensfürsorge	13
cc) Die Aufenthaltsbestimmung	13
dd) Entscheidungen über die Unterbringung	14
ee) Entscheidungen über freiheitsentziehende Maßnahmen	14
ff) Insichgeschäfte des Bevollmächtigten	15
gg) Schenkungen des Bevollmächtigten	15
c) Widerruf	16
d) Die Person des Bevollmächtigten	20
aa) Der Hauptbevollmächtigte	20
bb) Der Ersatzbevollmächtigte	22
cc) Der Unterbevollmächtigte	22
dd) Der Kontrollbevollmächtigte	23
III. Innenverhältnis	24
1. Formelle Errichtungsvoraussetzungen	24
2. Materielle Errichtungsvoraussetzungen	24
a) Allgemeines	24
b) Auftrag	25
aa) Auftragsdurchführung	26
bb) Beendigung des Auftragsverhältnisses	27
cc) Aufwendungsersatz	28

VIII | Inhaltsverzeichnis

c) Geschäftsbesorgungsvertrag	28
aa) Durchführung der Geschäftsbesorgung	28
bb) Beendigung der Geschäftsbesorgung	29
cc) Vergütung	29
d) Haftung	31
aa) Die Haftung für den Bevollmächtigten	32
bb) Die Haftung des Bevollmächtigten gegenüber dem Vollmachtgeber	32
IV. Kosten	32
1. Gerichtskosten	32
2. Rechtsanwaltskosten	33
a) Kosten im Rahmen der Erstellung einer Vorsorgevollmacht	33
b) Kosten des Rechtsanwaltes als Bevollmächtigter	33
3. Notarkosten	34
a) Beglaubigung einer Vollmacht	34
b) Beurkundung einer Vollmacht	34
4. Sonstige Kosten	34
V. Muster	35
1. Formulierungsbeispiel Anschreiben an Mandanten	35
2. Außenverhältnis	38
a) Einseitige Vollmacht	38
b) Wechselseitige gegenseitige Vollmacht	44
3. Innenverhältnis	50
a) Wechselseitige Bevollmächtigung mit Ersatzbevollmächtigung: Beispiel für ein Auftrags-/Geschäftsbesorgungsverhältnis	50
b) Innenverhältnis Kontrollbevollmächtigung: Beispiel für ein Auftrags-/Geschäftsbesorgungsverhältnis	56
2. Kapitel. Betreuungsverfügung	59
I. Allgemeines	59
II. Der Gang des Betreuungsverfahrens	60
III. ABC der häufigsten Fragen betreffend die gesetzliche Betreuung	61
IV. Kosten der Betreuung	64
1. Vergütung des Betreuers	64
a) Der Berufsbetreuer	64
b) Der ehrenamtliche Betreuer	64
2. Gerichtskosten	65

V. Bedeutung der Betreuungsverfügung	65
VI. Inhalt	65
2. Die Auswahl des Betreuers	66
3. Geschäftsfähigkeit	67
4. Formelle Errichtungsvoraussetzungen	67
5. Widerruf der Betreuungsverfügung	68
6. Hinterlegung der Betreuungsverfügung	68
VII. Muster	69
1. Formulierungsbeispiel Anschreiben an Mandanten	69
2. Formulierungsbeispiel: Betreuungsverfügung	70
3. Kapitel. Ausgewählte betreuungsrechtliche Genehmigungen	73
I. Personensorge	73
1. Organspende	73
2. Ärztliche Maßnahmen nach § 1904 BGB	74
3. Sterilisation nach § 1905 BGB	76
4. Schwangerschaftsabbruch	78
5. Unterbringung nach § 1906 BGB	78
a) Allgemeines und Begriffe	78
b) Geschlossene Unterbringung	79
aa) Unterbringungstatbestand nach § 1906 Abs. 1 Nr. 1 BGB	81
bb) Unterbringungstatbestand nach § 1906 Abs. 1 Nr. 2 BGB	82
c) Unterbringungähnliche Maßnahmen	83
II. Vermögenssorge	84
1. Geldanlage	85
2. Kontosperrung	87
3. Verfügungen über Forderungen und Wertpapiere nach § 1812 BGB	87
4. Grundstücksgeschäfte, § 1821 BGB	88
5. Sonstige Geschäfte nach § 1822 BGB	89
6. Mietwohnung, § 1907 BGB	90
III. Genehmigungsfreie Rechtsgeschäfte	92
1. Befreiung nach § 1813 BGB	92
2. Girokonto	93
3. Befreiung nach § 1817 BGB	94
4. Allgemeine Ermächtigung nach § 1825 BGB	96

X | Inhaltsverzeichnis

IV. Muster	97
1. Anregung einer Betreuung	97
2. Antrag auf Genehmigung zur Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt	99
3. Antrag auf Genehmigung zur Ergreifung unterbringungsähnlicher Maßnahmen	100
4. Antrag auf Ermächtigung nach § 1825 BGB	101
5. Rechnungslegung vor dem Betreuungsgericht	101
6. Antrag auf Betreuerentlassung	104
4. Kapitel. Patientenverfügung	107
I. Allgemeines	107
II. Die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen	108
III. Wirksamkeitsvoraussetzungen	109
1. Formelle Errichtungsvoraussetzungen	109
2. Personenbezogene Errichtungsvoraussetzungen	111
a) Volljährigkeit	111
b) Einwilligungsfähigkeit	111
3. Bindungswirkung der Patientenverfügung	112
a) Zuschnitt auf die aktuelle Behandlungssituation	112
b) Die Verwendung von Formularen	113
4. Keine Wirksamkeitserfordernisse	113
a) Ärztliche Beratung des Erstellers	113
b) Hinweis auf Ort und Datum der Errichtung	114
5. Widerruf einer Patientenverfügung	114
6. Errichtungsfreiheit	115
IV. Umsetzung des Patientenwillens	116
1. Prüfungspflicht bei Vorliegen einer Patientenverfügung	117
2. Prüfungspflicht beim Fehlen einer Patientenverfügung	118
3. Das Gespräch zur Feststellung des Patientenwillens	120
4. Gespräch mit nahen Angehörigen und sonstigen Vertrauenspersonen des Patienten	121
a) Nahe Angehörige	122
b) Sonstige Vertrauenspersonen	122
V. Regelungsinhalt / Reichweite der Patientenverfügung	122
VI. Genehmigungserfordernisse bei ärztlichen Maßnahmen ...	123
1. Ärztliche Maßnahmen	124
a) Untersuchungen des Gesundheitszustandes	124

b) Heilbehandlung	125
c) Ärztliche Eingriffe	125
2. Genehmigung des Betreuungsgerichts	125
3. Entbehrlichkeit der Genehmigung	126
a) Eifälle	126
b) Einigkeit von Arzt und Betreuer	126
4. Eingeschränkte Genehmigungsbedürftigkeit	127
VII. Aufbewahrung / Hinterlegung	127
VIII. Muster	128
1. Formulierungsbeispiel: Anschreiben an Mandanten	128
2. Formulierungsbeispiel: Patientenverfügung	130
5. Kapitel. Weitere Vorsorgeverfügungen	137
I. Bestattungsverfügung	137
1. Errichtungsvoraussetzungen	137
a) Inhalte	137
b) Formvorschriften	139
2. Totenfürsorge	139
3. Aufbewahrungsort	141
4. Kosten	142
5. Bestattungsgesetze der einzelnen Bundesländer	142
6. Formulierungsbeispiel: Bestattungsvorsorge	145
II. Sorgerechtsverfügung	149
1. Errichtungsvoraussetzungen	149
a) Elterliche Sorge	149
b) Regelungsinhalte	150
aa) Personensorge	152
bb) Vermögenssorge	152
c) Persönliche Errichtungsvoraussetzungen	152
d) Formvorschriften	153
2. Verbindlichkeit	154
3. Person des Pflegers oder Vormunds	154
4. Überwachung und Kontrolle	156
5. Beendigung von Pflegschaft oder Vormundschaft	156
6. Kosten	156
7. Muster	156
III. Organspendeverfügung	157
1. Errichtungsvoraussetzungen	157
2. Inhalte	158

3. Patientenverfügung und Organspendeverfügung	159
4. Internationale Besonderheiten	160
5. Kosten	160
6. Muster	161
6. Kapitel. Vorsorgeplanung für Unternehmer	163
1. Muster: Einzelunternehmen	164
2. Muster: Alleingesellschafter-Geschäftsführer	164
3. Muster: Mitgesellschafter	164
7. Kapitel. Internationale Aspekte	165
I. Allgemeines	165
II. EU-Staaten und Europa	165
1. Österreich	165
a) Vorsorgevollmacht	165
b) Patientenverfügung	167
2. Schweiz	168
a) Vorsorgevollmacht	168
b) Patientenverfügung	168
3. Großbritannien	169
a) Vorsorgevollmacht	169
b) Patientenverfügung	169
4. Frankreich	170
a) Vorsorgevollmacht	170
b) Patientenverfügung	172
5. Belgien	172
a) Vorsorgevollmacht	172
b) Patientenverfügung	173
6. Niederlande	173
a) Vorsorgevollmacht	173
b) Patientenverfügung	175
7. Skandinavische Länder (Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland)	175
a) Vorsorgevollmacht	175
b) Patientenverfügung	177
8. Griechenland und Türkei	178
a) Vorsorgevollmacht	178
b) Patientenverfügung	180

9. Spanien	180
a) Vorsorgevollmacht	180
b) Patientenverfügung	181
10. Italien	182
a) Vorsorgevollmacht	182
b) Patientenverfügung	182
11. Osteuropäische Staaten (am Beispiel Polen und Ungarn)	183
a) Vorsorgevollmacht	183
b) Patientenverfügung	185
III. Außereuropäische Staaten	186
1. USA	186
2. Thailand	187
3. Russland	187
4. Australien und Neuseeland	187
8. Kapitel. Nachfolgeplanung	189
I. Allgemeines	189
II. Die gesetzliche Erbfolge	190
1. Allgemeines	190
2. Die gesetzlichen Erben	190
a) Erben 1. Ordnung sind die Abkömmlinge des Erblassers	191
b) Erben 2. Ordnung	191
c) Erben 3. Ordnung	192
d) Erben 4. Ordnung	192
3. Das Erbrecht des Ehegatten	192
a) Die gesetzlichen Güterstände	193
aa) Der Güterstand der Zugewinngemeinschaft	193
bb) Der Güterstand der Gütertrennung	194
cc) Der Güterstand der Gütergemeinschaft	195
4. Das Erbrecht der gleichgeschlechtlichen Lebenspartner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft	196
a) Vermögensstand der Lebenspartner	196
b) Erbquoten	196
III. Die gewillkürte Erbfolge	197
1. Allgemeines	197
2. Häufige Fehler bei der Errichtung eines Testaments	198
3. Testierfreiheit und Testierfähigkeit	198

4. Verfügungen von Todes wegen	200
a) Der Erbvertrag	200
b) Öffentliches Testament	201
c) Eigenhändiges Testament	201
d) Das Ehegattentestament	202
aa) Ehegatte als alleiniger Vollerbe – Das Berliner Testament	202
bb) Nachteile des Berliner Testaments	204
cc) Die Trennungslösung – Ehegatte als Vorerbe	204
dd) Die Vermächtnislösung – Ehegatte als Vermächtnisnehmer	206
e) Das außerordentliche Testament	208
aa) Das Nottestament vor dem Bürgermeister (Bürgermeistertestament)	208
bb) Not testament vor drei Zeugen (Drei-Zeugen-Testament)	209
cc) Not testament bei Seereisenden (Seetestament)	209
5. Inhalte von Verfügungen von Todes wegen	210
a) Die Erbeinsetzung	210
b) Das Vermächtnis	211
aa) Vorausvermächtnis	212
bb) Vor- und Nachvermächtnis	212
cc) Verschaffungsvermächtnis	213
dd) Stückvermächtnis, Wahl- und Gattungsvermächtnis	213
ee) Zweckvermächtnis, Forderungsvermächtnis	214
ff) Nießbrauchsvermächtnis	215
gg) Renten- und Wohnrechtsvermächtnis	215
c) Die Auflage	216
d) Weitere Anordnungen	217
aa) Die Anordnung einer Testamentsvollstreckung	217
bb) Anordnungen zur Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	220
cc) Ausgleichsanordnungen	220
dd) Die Ausstattung	221
ee) Aufwendungen für den Beruf und Zuschüsse zu den Einkünften	222
ff) Pflegeleistungen	223
gg) Familienrechtliche Anordnungen	224

6. Widerruf des Testamentes	224
7. Hinterlegung des Testaments	226
IV. Der Pflichtteil	230
1. Allgemeines	230
2. Die pflichtteilsberechtigten Personen	231
3. Die Höhe des Pflichtteils	231
4. Schuldner des Pflichtteilsanspruchs	232
5. Ermittlung des Pflichtteilsanspruchs	232
a) Der Auskunftsanspruch	232
b) Eidesstattliche Versicherung	234
c) Der Wertermittlungsanspruch	234
d) Der Pflichtteilsergänzungsanspruch	235
6. Die Pflichtteilsentziehung	237
V. Die vorweggenommene Erbfolge	238
1. Übergabe im Wege der Schenkung	239
2. Vereinbarung von Gegenleistungen	239
a) Die Vereinbarung einer Pflegeverpflichtung	239
b) Die Übertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	241
c) Vereinbarung von Wohnrechten	242
d) Vereinbarung von Rückforderungsrechten	243
e) Weitere Gegenleistungen	245
3. Schenkungs- und Erbschaftsteuern	248
a) Steuerklassen	249
b) Persönliche Freibeträge	250
c) Steuersätze	250
d) Verschonungsregeln	250
aa) Verschonungsregeln für Immobilien	250
bb) Verschonungsregeln für Unternehmen	251
9. Kapitel. Vollmacht und Testamentsvollstreckung	253
10. Kapitel. Vollmacht und Banken	257
I. Allgemeines	257
II. Umfang der Bankvollmacht	258
III. Person des Bevollmächtigten	259
IV. Formelle Voraussetzungen	259
V. Geltungsdauer der Vollmacht	260
VI. Widerruf der Bankvollmacht	260

beck-shop.de

XVI | Inhaltsverzeichnis

11. Kapitel. Checklisten	263
I. Vorsorge-ABC	263
II. Erbfall von A-Z- Was ist im Erbfall zu tun?	277
III. Checkliste für Angehörige	285
12. Kapitel. Wichtige Adressen, Behörden, Telefonnummern	289
Sachverzeichnis	293